

Der sozialistische Kämpfer

ORGAN DES BUNDES SOZIALISTISCHER FREIHEITSKÄMPFER UND OPFER DES FASCHISMUS

Nummer 1/2

Jänner/Februar 1991

5 Schilling

Krieg ist eine zu ernste Sache . . .

Der Krieg im Mittleren und Nahen Osten hat einen tröstlichen Aspekt: Kriegsbegeisterung gibt es kaum. Auch der Schwachsinn von angeblich 45 Prozent der Amerikaner, die angeblich für den Einsatz von Atomwaffen plädieren, darf eher defaitistisch gedeutet werden. Man will die lästige Affäre rasch hinter sich bringen, und dabei spielt ein wenig atomare Verseuchung in Gegenden, die weit weg sind, keine allzu große Rolle. Wem das dumm, unmenschlich und kurzsichtig scheint, der sollte sich aber auch Gedanken über jene Kräfte machen, die sich vordergründig dagegen so positiv ausnehmen: „Kein Blut für Öl!“, „Sofortiger Waffenstillstand“.

Wer heute dazu auffordert, den Krieg zu stoppen, der müßte sich freilich klar darüber sein, wer ihn begonnen hat, wie lange dann – während des beiderseitigen militärischen Aufmarsches – Waffenstillstand geherrscht hat und welche Friedensbemühungen es vom Sommer letzten Jahres bis Anfang 1991 gegeben hat. Es wäre dabei auch in Betracht zu ziehen, daß der Narrenslogan „Heiliger Krieg“ in all seiner Unmenschlichkeit im sogenannten Westen zum Glück seit geraumer Zeit ausgestorben ist: Er gehört heute zum aggressiven Begriffsarsenal gewisser Teile der arabischen Welt.

Daß solche verbale und damit verbunden auch politische Angriffslustigkeit nicht ausschließlich arabischen Ursprungs ist, sollte nicht geleugnet werden. Hier die Zusammenhänge und Hintergründe aufzuhellen, wäre die wesentliche Aufgabe eines Journalismus, der jedoch vor lauter Anstrengung, möglichst gräßliche Alltagsfakten als Sensationen aufzumachen, seine eigentliche Aufgabe vernachlässigt. Die publizistisch aufgeschäumten Stimmungen vernebeln eine klare Sicht der Verhältnisse.

Bei der Erörterung der politischen und wirtschaftlichen Gegebenheiten im Nahen und Mittleren Osten ist völlig außer Betracht geraten, daß die heute dramatisch aufgebrochene Misere ihren Ursprung in der Umverteilung der kapitalistischen Erdölinteressen in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre hat. Damals endete die „Entkolonisierung“ des britischen Empire im Mittleren Osten. Die Briten sicherten sich gewisse strategi-

sche Positionen, etwa in Jordanien, das geraume Zeit vor allem von britischen Subsidien lebte. Aber die britische Dominanz in der Erdölwirtschaft ging in die Hände des amerikanischen Kapitals über. Und damit Hand in Hand ging die politische Durchdringung dieser wirtschafts- und machtpolitisch bedeutenden Zone durch die USA. Mit dem Ende des britischen Kolonialismus setzte keine soziale Umgestaltung ein, wenngleich sich die Herrschaftsverhältnisse an der Oberfläche änderten. Im Irak etwa wurde die herrschende Haschemidendynastie gestürzt und durch ein Mili-

tärregime ersetzt, das sich politisch zum „Westen“ bekannte, tatsächlich aber bald zwischen den USA und der Sowjetunion zu lavieren begann, wie dies auch Ägypten, Syrien und andere arabische Staaten praktizierten. Treuer Vasall des „Westens“ blieb der Iran, solange der Schah am Ruder war.

Nach dem Wegfall dieser Stütze kauften sich die USA den Irak als Gendarmen ein, da Saudi-Arabien allein zu wenig Rückhalt in der Region bot. Anti-amerikanische Regungen des islamisch-fundamentalistischen Iran führten zu einem fast ein Jahrzehnt währenden mörderischen Krieg, in dem West und Ost Waffen und technische Ausrüstungslieferungen zum profitablen Geschäft machten – auch Österreich war bekanntlich dabei. Und man erinnert sich an den markanten Ausspruch eines Betriebsrates der verstaatlichten Industrie: „Wo Arbeitsplätze wackeln, hört die internationale Solidarität auf.“

Heute sind die Arbeitsplätze längst beim Teufel, aber an den politischen Folgen kauen wir noch, an den moralischen ebenfalls. Mittlerweile hat der im

→



Gen. Abg. Ing. Ernst Nedwed spricht bei der Kundgebung „Gegen Gewalt und Krieg“ am 8. Februar 1991 (Bericht siehe Seite 2, Foto: Haslinger).

iranischen Krieg materiell ausgemergelte Irak die Flucht nach vorn angetreten und einen ehemals verbündeten Geldgeberstaat militärisch vereinnahmt: Es handle sich um die Heimholung eines Teils des Irak, der durch koloniale Grenzziehung abhanden gekommen sei. Daß mit diesem imperialistischen Streich alle Schulden liquidiert und der Erdölreichtum um die Hälfte vermehrt wurde, blieb unerwähnt. Die Grenzziehung stammt ebensowenig von den Briten wie etwa die deutsch-österreichische Grenze von den Siegermächten des Ersten Weltkrieges: Die „Anschluß“-Masche erlaubt ein Denkexperiment. Schließlich hat ja in Kuwait ein aufgeblasenes reaktionäres Regime geherrscht, das durch den Irak beseitigt worden ist.

Aber hat nicht auch in Österreich 1938 ein reaktionär-faschistisches Regime geherrscht? War dessen Beseitigung durch Hitler aus österreichischer und internationaler Sicht begrüßenswert? Wäre den Österreichern damals politische und militärische Hilfe der Weltmächte und des Völkerbundes gegen Hitler nicht willkommen gewesen? Aber damals schien unser Land weltpolitisch nicht wichtig zu sein. Und nachdem Hitler Österreich „angeschlossen“, das sogenannte Sudetenland mit Zustimmung der europäischen Großmächte annektiert hatte – daß er Litauen das Memelgebiet abzwang, ist heute vergessen –, da fragte man sich im Westen: „Mourir pour Dantzig?“ Angesichts dessen, was 1939 vom Hitlerismus vom Zaun gebrochen worden war, fragte man sich naiv, ob es sich lohne, für Dantzig zu sterben.

Als aus dem Pseudostreit um Danzig und den polnischen Korridor Hitlers „Polenfeldzug“ und damit der Zweite Weltkrieg wuchs, ging es den naiven Fragern selber an den Kragen. Hitler hatte zuvor sich als Schutzherr der malträtierten Deutschen im Ausland aufgespielt, wie sich heute der irakische Herrscher als potentieller Befreier der Palästinenser aufspielt, was durch Raketenan-

griffe auf das nicht im Kriegszustand befindliche Israel martialisch unterstrichen wird. Hans Magnus Enzensbergers Vergleich zwischen Hitler und Saddam sollte nachdenklich stimmen.

Kurt Tucholsky hatte sicherlich recht, als er meinte, der Krieg sei eine zu ernste Sache, als daß man ihn den Militärs anvertrauen könnte. Aber der Friede ist wohl auch eine zu ernste Sache, als daß man ihn emotional fixierten Zeitgenossen, die sich für Pazifisten halten, allein überlassen dürfte.

H. P.

Neonazis für Saddam Hussein

Deutsche Neonazis rekrutierten Anfang Februar 1991 Freiwillige für ein internationales „Friedenskorps“, das den irakischen Diktator Saddam Hussein im „Befreiungskrieg der Araber“ aktiv unterstützen soll. Ihr „Führer“, der 35jährige Michael Kühnen, behauptete in einem Interview mit dem Nachrichtenmagazin „Spiegel“, er habe bereits 500 Mitstreiter für sein „Freiheitskorps“ angeworben. Er habe Sympathie für das irakische Volk, „das sich heldenhaft erhoben habe, um den Freiheitskampf der Araber gegen die zionistische Verschwörung mitsamt ihren Komplizen zu führen“. Auch die „Deutsche National-Zeitung“ bietet Saddam Hussein gegen den von Zionisten und Amerikanern geführten „Völkermord am Golf“ Hilfe an.

Vranitzky: 12. Februar 1934 – Mahnung zur Zusammenarbeit

„Gemeinsam für Österreich zu arbeiten, das Einigende über das Trennende zu stellen, gerade auch in unsicheren Zeiten, das sind die Lehren, die wir heute im Gedenken an die Ereignisse des 12. Februar 1934 ziehen können“, erklärte SPÖ-Bundesparteivorsitzender Bundeskanzler Franz Vranitzky am 12. Februar 1991. Die internationalen Krisen im näheren und weiteren Umfeld Österreichs zeigen, wie wichtig es sei, auch im eigenen Land über alle Gegensätze hinweg das Gespräch und die Zusammenarbeit zu suchen.

Der 12. Februar 1934 markiere aber auch einen weiteren traurigen Schritt Österreichs in Richtung Diktatur und Faschismus. Sozialdemokraten, die sich um Demokratisierung in Österreich bemüht hatten, wurden in die Illegalität ge-

drängt. „All jene, die für Demokratie und Freiheit gekämpft haben, bleiben unser politisches Vorbild“, betonte Vranitzky.

Wie die Entwicklungen im Osten Europas zeigen, sei die politische Freiheit ein Wert, der, einmal erkämpft, immer wieder aufs Neue errungen werden müsse. Daneben bleibe es eines der Hauptanliegen sozialdemokratischer Politik, allen Menschen in unserem Land ein lebenswertes Dasein zu sichern. „Denn aus wirtschaftlicher Not wächst der Hang zu Extremismen. Der 12. Februar 1934 ist uns daher Mahnung, für Österreich und seine sichere Existenz zusammenzuarbeiten“, schloß der SPÖ-Vorsitzende. (SK)

Die Neutralität sichern

Unmittelbar vor Ausbruch der Feindseligkeiten am Golf richtete der Bund sozialistischer Freiheitskämpfer folgende Entscheidung an den Präsidenten des Nationalrats und den Klubvorstand der sozialistischen Abgeordneten: „Die Sozialistischen Freiheitskämpfer Österreichs lehnen jede gewaltsame Auseinandersetzung ab und erheben schärfsten Protest gegen die Gestattung des weiteren Überfliegens fremder Militärflugzeuge über unsere Republik. Der Klub der sozialistischen Abgeordneten wird gebeten, alles zu unternehmen, daß die österreichische Neutralität gesichert und in keiner Weise verletzt wird. Vor allem in diesen bewegten Tagen scheint es uns wichtig zu sein, daß jeder Konflikt von unserem Land fern gehalten wird. Wir haben Sorge um die Kinder und Mütter der ganzen Welt.“

Kundgebung „Gegen Gewalt und Krieg“

Eine Gedenkkundgebung „Gegen Gewalt und Krieg“, die am 8. Februar 1991 vom Bund sozialistischer Freiheitskämpfer, den Wiener SPÖ-Frauen und der Wiener SPÖ-Bildung gemeinsam im Gewerkschaftshaus in der Maria-Theresien-Straße durchgeführt wurde, war dem Gedenken an den 12. Februar 1934 und an den vor einem Jahr verstorbenen Gen. Josef Hindels gewidmet. Eine Videovorführung brachte Ausschnitte aus Reden des Gen. Hindels bei Parteitagen. Anschließend sprach der Wiener Bildungsvorsitzende Gen. Ing. Ernst Nedwed. Eine Rede der erkrankten Frauenministerin und SPÖ-Frauenvorsitzenden, Gen. Johanna Dohnal, wurde verlesen. Das Programm wurde mit Darbietungen von Lena Rothstein und ihrem Ensemble stimmungsvoll abgerundet.

Mauthausener Befreiungskundgebung 1991

Die diesjährige Befreiungskundgebung im ehemaligen Konzentrationslager Mauthausen findet am Sonntag, 5. Mai, statt. Um 10.45 Uhr erfolgt die Aufstellung der Delegationen (in alphabetischer Reihenfolge), um 11 Uhr beginnt der Einmarsch der Teilnehmer, anschließend wird die Gedenkkundgebung abgehalten. Das Ende der Gedenkkundgebung ist für etwa 13 Uhr angesetzt.



„Der westliche Kapitalismus hat in München seine Maske fallen gelassen“

Josef Hindels starb vor einem Jahr – Auszug aus seinen Erinnerungen

Vor einem Jahr, am 10. Februar 1990, starb unser Genosse Josef Hindels. Er wäre am 10. Jänner 1991 fünfundsiebzig Jahre alt geworden. Der Tod von Genossen Hindels hat in die Reihen unseres Bundes eine Lücke gerissen, die bis heute nicht ausgefüllt ist. Gerade in einer Zeit welthistorischer Umbrüche fehlt uns seine analytische Kraft, die in der Tradition des Austromarxismus wurzelte. Der „Sozialistische Kämpfer“ veröffentlicht im folgenden einen Auszug aus den Erinnerungen von Josef Hindels, die im kommenden Herbst in Buchform herauskommen sollen. Der Auszug beginnt mit dem „Geist von München“, einem Thema, das im Zusammenhang mit Erklärungsversuchen der Golfkrise wieder aktualisiert wurde. Außerdem zeigt der Auszug unseren Freund Hindels von einer wenig bekannten privaten Seite.



(Foto: J. Klinger)

Der Verrat von München

Prag ist eine wunderschöne Stadt, ihre vielen Türme und Brücken machen sie unverwechselbar. Aber wenn ich an Prag denke, dann verdunkelt sich dieses Bild durch die Erinnerung an den Verrat von München, an die Auslieferung der Tschechoslowakei an den Naziaggressor. Ich werde den Herbst 1938, den ich in Prag erlebte, niemals vergessen können. Damals begriff ich, wozu kapitalistische Staaten, die sich als „westliche Demokratien“ verstehen, fähig sind. Wie ist es zum Verrat von München gekommen?

Nach der Annexion Österreichs durch Hitler-Deutschland, die von den Westmächten ohne Protest hingenommen wurde, folgte die Preisgabe der spanischen Republik. Seit 1936 kämpften auf spanischem Boden, neben dem spanischen Volk, auch die Internationalen

Brigaden für Spanien, Revolutionäre Sozialisten und Kommunisten.

Unter dem trügerischen Deckmantel der „Nichteinmischung“ opferte der sogenannte demokratische Westen das spanische Volk und die auf seiner Seite kämpfenden Interbrigadisten. Während Hitler und Mussolini ständig die militärische Hilfe für den Putschgeneral Franco verstärkten, die Internationalen Brigaden zum Verlassen Spaniens gezwungen wurden, verblutete die Republik im Zeichen dieser westlichen „Nichteinmischung“, trotz sowjetischer Hilfe, die die Tragödie nur hinauszögerte.

In dieser weltpolitischen Atmosphäre wurde auch die Tschechoslowakei auf dem Altar eines Arrangements mit Hitler geopfert. Vor diesem Arrangement, das unter dem Begriff „Geist von München“ in die Geschichte eingegangen ist, wurde Prag von Berlin ständig attackiert, beschimpft, bedroht, unter Druck gesetzt. Es sah so aus, als ob der Krieg jeden Tag ausbrechen könnte. In den Straßen Prags trugen die meisten Menschen Gasmasken. Viele meldeten sich freiwillig zur tschechischen Armee. Eine Welle des nationalen Widerstandswillens erfaßte die Intellektuellen ebenso wie die breiten Massen des Volkes. Es gab auch antideutsche, chauvinistische Tendenzen, aber sie waren selten. Der Patriotismus des tschechischen Volkes war durchdrungen von ehrlichem Antifaschismus: Man wollte nicht unter deutscher Herrschaft leben, hatte aber ständig im Auge, daß es gegen Hitler, gegen die braune Schreckensherrschaft, gegen den Faschismus geht.

Ich habe mir keine Gasmaske besorgt, weil ich damals an den Krieg nicht glaubte. Was ich fürchtete, war die Wiederholung der österreichischen Tragödie vom März 1938: Preisgabe eines kleinen Landes an Hitler durch die westlichen Großmächte. Dennoch hatte ich noch eine, wie sich zeigen sollte, trügerische Hoffnung:

Es müßte durch die gewaltige Bewegung des Volkes gelingen, die Regierung an einer Kapitulation zu hindern, gleichzeitig sollte der bewaffnete Widerstand gegen den deutschen Naziaggressor organisiert werden, getragen vom Patriotismus der Volksmassen.

Aber dazu ist es nicht gekommen. Die tschechische Bourgeoisie und die einflußreiche Gruppe der Agrarier zogen die Kapitulation dem Volkswiderstand vor. Auch die Arbeiterbewegung zögerte, stellte sich nicht an die Spitze des Volkes, das kämpfen wollte, aber im Stich gelassen wurde.

Natürlich wußte ich, daß die tschechische Armee ohne Verbündete keine Aussicht in der Auseinandersetzung mit der Naziwehrmacht hatte, die allerdings damals mit der Aufrüstung noch nicht fertig war. Aber ich hoffte auf einen Partisanenkampf, wie er später in Jugoslawien geführt werden sollte.

Im Sudetengebiet

Die zügellose Hetze Nazideutschlands gegen die kleine, niemanden bedrohende Tschechoslowakei benutzte als Vorwand die „ungelöste Sudetenfrage“: Die Sudetendeutschen, die gegen ihren Willen in einem slawischen Staat leben müssen, werden von den Tschechen rücksichtslos unterdrückt, wurde von der Goebbels-Propaganda behauptet. Und wie gelehrige Papageien wiederholten angesehene Politiker und Zei-

tungen der „westlichen Demokratien“ diese Nazilüge und verlangten das „Selbstbestimmungsrecht für die Sudetendeutschen“.

Die Wirklichkeit sah anders aus: Die Tschechoslowakei war ein bürgerlicher Nationalitätenstaat, der viele Fehler und Schwächen des habsburgischen Nationalitätenstaates mit anderen Vorzeichen übernommen hatte. Es gab daher auch Benachteiligungen der Sudetendeutschen, ebenso wie der Slowaken. Aber von einer blutigen Unterdrückung konnte keine Rede sein, das waren Erfindungen der Goebbels-Propaganda. Alois Neurath, gebürtig aus Reichenberg, hatte seine Verwandten und viele Freunde im Sudetengebiet. Ich bin mit ihm durch dieses Gebiet gefahren, als die Hetze der Nazis gegen die Tschechoslowakei ihren Höhepunkt erreicht hatte. Es gab tatsächlich Terror. Aber er wurde nicht, wie die Nazipresse schrieb, vom „tschechischen Mob“ ausgeübt, sondern von der Sudetendeutschen Partei Konrad Henleins, die eng mit Hitler-Deutschland liiert war.

In einem Reichenberger Krankenhaus besuchten wir einen Gewerkschaftssekretär, der von den Henlein-Schlägern zusammengeschlagen und schwer verletzt wurde. Seine Frau berichtete uns, daß sie, eine Sudetendeutsche, die kaum tschechisch sprach, ständig Drohanrufe von Henlein-Leuten bekam und als „tschechische Hure“ beschimpft wurde.

Die Henlein-Schläger schlugen in einem Restaurant einen dunkelhaarigen Mann nieder und beschimpften ihn als „Saujuden“. Als die tschechische Polizei eingriff (was selten vorkam), stellte sich heraus, daß der „Saujude“ italienischer Staatsbürger und hoher Funktionär der Faschistischen Partei Italiens war.

Es konnte für Alois Neurath und mich keinen Zweifel darüber geben, daß die Mehrheit der Sudetendeutschen vom braunen Ungeist infiziert war, den Anschluß der Sudetengebiete an das Dritte Reich und damit an die Schreckensherrschaft der Nazis wollte und herbeisehnte. Aber wir konnten uns auch davon überzeugen, daß es eine sudetendeutsche Minderheit gab, bestehend aus Sozialdemokraten, Gewerkschaftern und Kommunisten, die mutig Widerstand leistete. Ich habe es später immer als Unrecht empfunden, alle Sudetendeutschen in einen Topf zu werfen. Das haben sich die sudetendeutschen Antifaschisten nicht verdient.

Abschied von Prag

Es war zutiefst deprimierend, als das Ergebnis des Abkommens, das in München zwischen den Ministerpräsidenten Englands und Frankreichs und Adolf Hitler geschlossen wurde, von der kapitulierenden Prager Regierung bekanntgegeben wurde: Das ganze Sudetengebiet, wo sich auch die militärischen Verteidigungsanlagen befanden, kam zum

Dritten Reich. Die Slowakei wurde aus dem tschechischen Staat herausgebrochen und zu einem „selbständigen“ Staat von Hitlers Gnaden gemacht, den die Klerikofaschisten der berüchtigten Hlinka-Partei verwalteten.

Es war klar, daß der Rest des zerstückelten Staates Böhmen und Mähren nicht existieren konnte und in Kürze ein Opfer Hitler-Deutschlands werden würde. Nur unentwegte Verteidiger des Verrats von München in London und Paris verbreiteten das Märchen, Hitler wolle in seinem Reich keine Tschechen, und daher würden Böhmen und Mähren nicht besetzt werden. In Wirklichkeit stand die Besetzung unmittelbar bevor. Hitler war es nie um das „Selbstbestimmungsrecht der Sudetendeutschen“ gegangen. Er wollte die Tschechoslowakei annektieren, ebenso wie er Österreich annektiert hatte.

Montblausen

Manja erste Gedanke mit ganz Manja, die in diesen Konversationslogen und seine Nebenlagen erachtet wurde, die hier mit friedlichen Aente verbunden sind aber die Beziehung ist nicht in der Richtung der Partei der Faschisten erlitt solche. Es geht aus der Tage der Beziehung in die Jahre 1938, in der ich dann mit der Manja. Alle diese Jahre kann man die Familien aber das in der Zeit habe. Die Konversation wird die Tage: Man kann diese Arbeit. Ich will nicht davon die Antwort geben: Die Hälfte der Konversationslogen wurde dort aber ein wenig Praxine von der ...

Handschriftliche Redenotiz von Josef Hindels

Ich war mit Manja dabei, als riesige Menschenmassen durch die Straßen Prags zum Hradschin zogen, um gegen das Schanddiktat und den Verrat von München zu protestieren. Manche weinten, andere riefen nach dem bewaffneten Widerstand. Aber es war zu spät. Die Westmächte hatten die Tschechoslowakei nicht nur geopfert, sie waren auf diesen Verrat auch noch stolz: In London und Paris wurde erklärt, der Pakt von München habe den Frieden gerettet, die Menschheit vor einem zweiten Weltkrieg bewahrt.

Diese Lüge vom geretteten Frieden hatte kurze Beine, sie konnte nur bis zum 1. September 1939 verbreitet werden. Als Hitler durch seinen Überfall auf Polen den Zweiten Weltkrieg auslöste, war es klar, daß der Pakt von München den Frieden nicht gerettet hat. Manja war verzweifelt, aber nicht bereit, zu resignieren. Sie erzählte mir von den Vorbereitungen der studentischen Organi-

sationen auf den kommenden Widerstand. Als Präsident Beneš das Land verließ und der alte, schwer kranke Hachá sein Nachfolger wurde, sagte Manja: „Dieser alte Mann hat nur die Aufgabe, Hitler in Prag zu begrüßen und sich vor ihm tief zu verneigen. Aber wir werden beweisen, daß das tschechische Volk, vor allem seine Jugend, zu jedem Opfer bereit ist, um die nazideutschen Herrenmenschen zu bekämpfen.“

Ich schrieb damals einen Artikel für eine Studentenzeitschrift, den Manja weiterleitete, der aber nach meiner Abreise aus Prag verlorengegangen ist. Singgemäß führte ich aus:

Der Verrat an der Tschechoslowakei hat tiefreichende gesellschaftspolitische Ursachen: Die englische und die französische Bourgeoisie sehen in Hitler das kleinere Übel, verglichen mit den antifaschistischen Volksbewegungen. Sie rechnen es dem „Führer“ hoch an, daß er die mitteleuropäische Arbeiterbewegung zerschlagen hat. Natürlich ist die westeuropäische Bourgeoisie besorgt über den Expansionsdrang Nazi-Deutschlands, der auch sie bedroht. Aber sie hofft, diesen Expansionsdrang gegen die Sowjetunion lenken zu können. Die Tschechoslowakei ist das Opfer des Versuches der Westmächte, sich mit Hitler zu engagieren. Der westliche Kapitalismus hat in München seine Maske fallen gelassen.

Für die Emigranten war die Tschechoslowakei nach München eine „Mausefalle“. Es begann eine hektische Jagd auf Visa, um ausreisen zu können. Die tschechoslowakischen Behörden wurden unter dem Druck aus Berlin immer gehässiger. Es gab Landesverweisungen unter fadenscheinigen Vorwänden. Fast täglich begingen Emigranten Selbstmord. Ganze Familien rotteten sich selbst aus. Alle meine Versuche, ein amerikanisches, englisches, französisches, belgisches, mexikanisches Visum zu bekommen, waren gescheitert. Wenige Tage vor dem Einmarsch Hitlers, ich war bereits entschlossen, in den Untergrund zu gehen, teilte mir die „Nansen-Hilfe“ mit, daß ich mit einem Flüchtlingstransport nach Norwegen reisen kann.

Vor meiner Abreise fuhr ich nach Budweis, um mich von den Verwandten zu verabschieden. Die südböhmische Stadt, die ich seit meinen Kindertagen gut kannte, hatte sich verändert. Sie lag jetzt an der Grenze Hitler-Deutschlands, weil die Orte der Umgebung zum Sudetengebiet gehörten und von der Tschechoslowakei losgerissen wurden. Meine Großmutter, eine gütige Frau, sagte mir zum Abschied: „Ich verstehe diese Welt nicht mehr. Aber wir werden uns wiedersehen, wenn es keinen Hitler mehr gibt.“ Dieser Wunsch meiner Großmutter ging nicht in Erfüllung: Sie starb, zwei Jahre vor der Befreiung, im Konzentrationslager Theresienstadt.

Am schwersten fiel mir der Abschied



„Halt“ empörte SP-Abgeordnete: Anfragen an Minister

Helle Empörung herrschte im SPÖ-Parlamentsklub, als bekannt wurde, daß der mehrfach einschlägig verurteilte Neonazi Gerd Honsik seine Zeitschrift „Halt“ in allen anderen Parlamentsklubs verteilen lassen wollte. Bei der Durchsicht dieser „Zeitschrift“ springt besonders das unglaublich geschmacklose „Mauthausen-Gas-Betrugs-Rätsel-Poster“ ins Auge, das für Jugendliche ausgearbeitet wurde. Die SPÖ-Abgeordneten Schranz, Ederer und Nedwed regten in Anfragen an den Justiz- und den Innenminister Schritte gegen die Herausgeber an.

In einer Aussendung betonte Abg. Dr. Edgar Schranz, in einschlägigen Strafverfahren sei bereits festgestellt worden, daß das Leugnen des historischen Völkermordes an Juden als neonazistische Tätigkeit verboten ist und daher entsprechend bestraft werden müsse. Die Sozialisten erwarten, daß die Verbreitung derartiger Lügen von den zuständigen Behörden entsprechend scharf geahndet wird. In einer Zeit, in der die Bedrohung von Völkern Teil der Tagespolitik ist, kann man es nicht zulassen, daß historische Wahrheiten verfälscht dargestellt werden, sagte Schranz.

In ihren Anfragen an den Justiz- und den Innenminister nehmen die Abgeordneten Dr. Edgar Schranz, Mag. Brigitte Ederer und Ing. Ernst Nedwed auf die Nr. 57, Jänner/Februar 1991, der Zeitschrift „Halt“ bezug. Neben tendenziösen Aussagen über ausländische Gewalttäter und einem persönlichen

Bericht des Herausgebers Gerd Honsik betreffend sein eigenes „Urteil von München“ (ein Jahr bedingt) wendet sich die Zeitschrift mit einem „Mauthausen-Gas-Betrugs-Rätsel-Poster“ an Schüler und Schülerinnen.

Vom Justizminister wollen die SPÖ-Abgeordneten wissen, ob bereits Anzeige gegen die Herausgeber der Zeitschrift „Halt“ erhoben wurde. Weiters wird der Minister um seine Beurteilung aus strafrechtlicher Sicht der Ausgabe Nr. 57 von „Halt“ gebeten. Weitere Fragen betreffen die bestehende Rechtslage zur Bekämpfung von Wiederbetätigung in nationalsozialistischem Sinn. Insbesondere wird der Justizminister gefragt, ob er an die ihm unterstehenden Justizbehörden eine Weisung erteilen wird, in Zukunft derartige Sachverhalte unter Anlegung strenger Maßstäbe zu überprüfen und auch für die Beschleunigung dieser Verfahren eine entsprechende Weisung erteilen wird.

Polen diffamiert Interbrigadisten

Über Antrag eines Abgeordneten der Solidarnosch hat der Polnische Sejm (Parlament) am 29. November 1990 mit 182 zu 48 Stimmen den polnischen Veteranen der Internationalen Brigaden im Spanischen Bürgerkrieg Ansprüche als Widerstandskämpfer verweigert. Der Antrag wurde mit der Behauptung begründet, bei den Angehörigen der Internationalen Brigaden handle es sich um „einige Kommunisten, die sich dem Anzünden von Kirchen und der Ermordung

Der Innenminister wird in der Anfrage der SPÖ-Abgeordneten daran erinnert, daß der Artikel IX EGVG den Bezirksverwaltungsbehörden die Möglichkeit eröffnet, gegen die Verbreitung nationalsozialistischen Gedankengutes vorzugehen. Konkret wird der Minister gefragt, ob im Bereich des Innenministeriums Schritte im Sinne dieses Artikels gegen die Herausgeber von „Halt“ unternommen wurden und ob eine Anzeige gesetzt wurde. Weiters wollen die Abgeordneten wissen, ob der Minister die Möglichkeit sieht, im Falle der Anwendbarkeit dieses Artikels IX die Zeitschrift „Halt“ vorläufig zu sichern, um allenfalls den Verfall der Zeitungen verfügen zu können. Schließlich wird die Frage gestellt, ob dem Minister eine politische Partei mit dem Namen „Volksbewegung“ bekannt ist und, wenn ja, ob im Sinne des Verbotsgesetzes gegen diese politische Partei ein Verfahren eingeleitet wird.

von Priestern widmeten“.

Der ehemalige Interbrigadist Hans Landauer und eine Reihe weiterer österreichischer Veteranen des Spanischen Bürgerkrieges nahmen einen Bericht über diesen Vorfall in der spanischen Zeitung „El Pais“ vom 30. November 1990 zum Anlaß, um an den polnischen Botschafter in Österreich einen Protestbrief zu richten. In dem Brief vom 25. Jänner 1991 heißt es: „Als ehemalige (Fortsetzung auf Seite 7)

von Manja. Unsere Beziehung war keine flüchtige Liebeli, sondern das, was man in kitschiger Sprache die „große Liebe“ nennt. Da wir beide bewußte politische Menschen waren, hatten wir keine Illusionen über das Grauenhafte, das der Faschismus noch über die Völker bringen wird. Dennoch hofften wir, uns nach der Befreiung von der faschistischen Barbarei wieder zu treffen und dann für immer zusammenzubleiben.

1944 bekam ich im schwedischen Uppsala einen Brief aus Prag von Manjas Mutter. Er enthielt nur zwei Sätze: „Unsere Manja ist tot. Wir werden sie nicht vergessen.“ Diese Nachricht hat mir eine Wunde zugefügt, die nicht heilt. Ich habe nie wieder eine Frau getroffen, die mit Manja vergleichbar wäre.

1946, als ich zum ersten Mal nach der Befreiung in Prag war, erfuhr ich nähere Einzelheiten: Als die Nazis die tschechischen Universitäten schlossen, mußte Manja ihr Studium aufgeben. Sie ging



Grab von Josef Hindels im Wiener Zentralfriedhof (Foto: H. Waschek)

als Arbeiterin in einen Rüstungsbetrieb. Dort gehörte sie zu einer Widerstandsgruppe, die damit beschäftigt war, die für die Naziwehrmacht bestimmten Rüstungsgüter durch Sabotagehandlungen unbrauchbar zu machen. Von einem Spitzel wurde die Gruppe an die Gestapo verraten.

Manja mußte durch die Hölle der Gestapoverhöre gehen und wurde dann, bereits schwer krank, in die „Kleine Festung“ auf dem Gelände des Konzentrationslagers Theresienstadt gebracht. Wie mir eine überlebende Leidensgefährtin erzählte, ist Manja nach fünf Wochen Festungshaft gestorben. Und sie fügte hinzu: „Manja war noch sehr jung, sie ist unter großen Qualen gestorben. Aber bis zum letzten Atemzug war sie stolz, daß es ihr und den anderen gelungen ist, die Naziwehrmacht zu schädigen und damit die deutsche Niederlage zu beschleunigen. Sie wußte, daß sie die Befreiung nicht erleben wird.“



Mocks Politpropaganda mit Dollfuß-Ausstellung

Unter dem Titel „Mocks Politpropaganda“ berichtete die AZ am 22. Jänner 1991 über eine vom Außenministerium finanzierte Ausstellung in Salzburg, die unter dem Motto „Kanzler Dollfuß war der erste, der an der Front gegen den Nationalsozialismus gefallen ist“ den austrofaschistischen Ständestaat als Demokratie darstellen will.

Etwa 210.000 Schilling hat sich das Außenministerium die Korrektur des Ständestaat-Bildes kosten lassen. Präsentiert werden die sattsam bekannten Thesen des BRD-Historikers Kindermann, der von Zeitgeschichtlern nicht einmal ignoriert wird, vom „Kampf des österreichischen Staates gegen den Faschismus“. Die Ausstellung, in der nicht weniger als sieben Großporträts von Engelbert Dollfuß zu sehen sind, darunter sogar Propagandaaufnahmen mit Unterschrift, soll durch ganz Österreich geführt und dann auch im Ausland gezeigt werden. Der Historiker Gerhard Botz bezeichnete diese Ausstellung in der AZ als „Höhepunkt in der Geschichtsverfälschung des Außenministeriums“.

Seit der Reder-Frischenschlager-Affäre des Jahres 1985 beschäftigt sich eine Abteilung des Außenministeriums mit dem Aufpolieren des schlechten

Images Österreichs im Ausland. Im Beidenjahr 1988 wurde dann, so Prof. Botz, das Budget gigantisch erhöht, um systematisch bestimmte Geschichts- und Gesellschaftsbilder zu vermitteln, wobei nur solche Wissenschaftler ausgesucht werden, die dem Mock-Ministerium genehm sind. Er selbst, als energischer Waldheim-Kritiker bekannt, habe da keine Chance, sagt Prof. Botz, der es sogar hinnehmen mußte, daß 1988 über Intervention eines Beamten des Außenministeriums Zitate von ihm aus der Ausstellung herausgestrichen wurden. Außerdem sei versucht worden, Vorträge von ihm im Ausland zu verhindern, sagt Prof. Botz.

Die nunmehrige Dollfuß-Ausstellung hat nach Ansicht von Prof. Botz mit Geschichte nichts zu tun: „Das ist politische Propaganda.“ Kindermann baue ausschließlich auf unkritische Dollfuß-Verehrung. „Mock hat sich aber ein Kuckucksei gelegt. Für Österreichs Bemühungen, in die EG zu kommen, ist diese Linie völlig falsch. Dort wird das Dollfuß-Regime sehr wohl als Diktatur durchschaut. Absichtlich ein falsches Geschichtsbild zu produzieren, kann den EG-Ambitionen Österreichs nur schaden“, meint Prof. Gerhard Botz in der AZ.

Bruno Marek †

Der frühere Wiener Bürgermeister Bruno Marek ist am 29. Jänner 1991 im 92. Lebensjahr verstorben. Er war von 1965 bis 1970 Bürgermeister der Bundeshauptstadt Wien. Die sozialistische Bewegung hat mit Bruno Marek einen vorbildlichen Vertrauensmann verloren, der ihr auch in schwersten Zeiten der politischen Verfolgung die Treue gehalten hat und mit seiner zutiefst humanistischen Weltanschauung stets ein Vorbild gewesen ist.

Bruno Marek wurde als Sohn eines Mariahilfer Schneidermeisters am 23. Jänner 1900 geboren. Dem Bezirk Mariahilf blieb er sein Leben lang verbunden. Nach dem Besuch der Pflicht- und der Handelsschule absolvierte er eine einjährige Forstpraxis, mußte aber dann einen kaufmännischen Beruf ergreifen und trat als Kontorist in eine Großhandlung ein. Ab 1917 arbeitete er – unterbrochen vom Militärdienst – als Korrespondent in einer Metallwarenfabrik und wurde 1924 Angestellter der Wiener Messe AG. Schon als Jugendlicher dem Bund der Industriearbeitenden beigetreten, wurde Bruno Marek 1918 Mitglied der Sozialdemokratischen Partei. Er war im Arbeiterrat aktiv und wurde Funktionär der Bezirksorganisation Mariahilf. 1932 wurde er in diesem seinem



Heimatbezirk zum Obmannstellvertreter der sozialdemokratischen Bezirksorganisation gewählt. Bruno Marek war mit den großen Persönlichkeiten der Sozialdemokratie bekannt, Otto Bauer, seine Frau Helene sowie Oscar und Marianne Pollak müssen als seine engen Freunde genannt werden. Vor 1934 war Marek auch Schutzbund-Kommandant von Mariahilf. Schon am 15. Juli 1927 war er als Schutzbündler unter den Demonstranten, ein Erlebnis, das für ihn prä-

gend war.

Die Ereignisse des Februar 1934 beendeten die bisherige politische und berufliche Laufbahn Bruno Mareks. Er wurde fristlos entlassen und von der Polizei verfolgt. Trotzdem gelang es ihm, als Vertreter bei einer Schokoladenfabrik unterzukommen, in der er sich in der Folge bis zum Prokuristen emporarbeitete. Auch während des Hitler-Regimes blieb Marek seiner Gesinnung treu und wurde in seinem Antifaschismus bestärkt. Vielen Verfolgten gewährte er tatkräftigste Hilfe und hielt Verbindung mit seinen Gesinnungsfreunden. Bruno Marek half mehreren jüdischen Familien, wobei ihm seine Frau Elisabeth hilfreich zur Seite stand. Mehrere Jahre hindurch übermittelte Marek an jüdische Freunde im KZ Theresienstadt Lebensmittel und notwendige Medikamente.

Unmittelbar nach der Befreiung Wiens durch die Rote Armee nahm Bruno Marek seine politische und wirtschaftliche Tätigkeit wieder neu auf. Er wurde zum Obmann der Wiener Messe AG bestellt, übernahm die Funktion des Obmannes der SPÖ-Bezirksorganisation Mariahilf und gehörte ab dem Dezember 1945 dem Wiener Gemeinderat und dem Wiener Vorstand der SPÖ an. Ab März 1949 übte er die Funktion des 2. Präsidenten des Wiener Landtages aus, im Dezember 1949 wurde er zum 1. Landtagspräsidenten gewählt und in dieser Funktion mehrfach bestätigt.

Nach der Wahl von Franz Jonas zum Bundespräsidenten wurde Bruno Marek am 10. Juni 1965 zum Wiener Bürgermeister gewählt, ein Amt, das er bis zum 17. Dezember 1970 innehatte. Überdies wurde er von Juni 1965 bis 1967 vom Wiener Landtag in den Bundesrat delegiert. Bruno Marek erwarb sich mit seiner noblen und bescheidenen Art das Ansehen eines „Volksbürgermeisters“. Er war der erste Bürgermeister Wiens, der auch die Israelitische Kultusgemeinde offiziell besuchte.

Auf Grund seiner politischen Erfahrungen während der Zeit des Ständestaates und des Nationalsozialismus schenkte Bruno Marek dem 1963 gegründeten Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes jede nur mögliche Unterstützung. 1971 wurde er zu dessen Präsidenten gewählt, ein Amt, das er bis 1984 innehatte, seither fungierte er als Ehrenpräsident. Nach seinem Ausscheiden aus dem Amt des Wiener Bürgermeisters kehrte Bruno Marek als Vizepräsident zur Wiener Messe AG zurück.

Der Bund Sozialistischer Freiheitskämpfer trauert um Bruno Marek, der als überzeugter Antifaschist sein Leben lang eine vorbildliche Haltung bewahrte. Der Kampf insbesondere gegen den Antisemitismus, den er als ein Verbrechen sah, das rechtzeitig bekämpft werden muß, war ihm ein inneres Anliegen. Wir werden Genossen Bruno Marek niemals vergessen.



Abschied von Karl Mark

Die Nachricht vom tragischen Unfalltod des Genossen Karl Mark hat alle, die ihn kannten, zutiefst getroffen. Er hatte die Last eines drei Generationen währenden bewegten Lebens wohl am Ende körperlich ein wenig gebeugt, geistig jedoch in jugendlicher Frische zu tragen verstanden. Seine Karriere als politischer Mandatar, als der er nie zum Karrieristen geworden war, lag hinter ihm. Seine Tätigkeit als politischer Mensch dauerte buchstäblich bis ans Lebensende.

Aus dem Bildungsbürgertum hervorgegangen, hatte er früh den Weg zur Sozialdemokratie gefunden, der er als Jugend- und Studentenfunktionär, als zunächst ehrenamtlicher Bezirkssekretär, schließlich als Parlamentarier und Europaratsvorsitzender diente. Austromarxistischem Denken und der Parteilinken verbunden, beherrschte ihn die Ansicht, daß Intellektuelle die Arbeiter nicht zu führen haben, sondern vielmehr das auszudrücken haben, was Arbeitende selbst nicht auszudrücken vermögen. Arbeiterbildung und Schulreform schienen ihm vor diesem Hintergrund politische Erfordernisse ersten Ranges zu sein.

Karl Marks dramatische politische Biographie zu skizzieren, darf unterbleiben angesichts seiner schlichten und selbstkritischen Autobiographie „75 Jahre roter Hund“, die politisch wachen Zeitgenossen wohl auch nicht besonders in Erinnerung gerufen werden muß. Die sozialistischen Freiheitskämpfer werden den unbeugsamen Antifaschisten Karl Mark in Erinnerung zu be-

(Fortsetzung von Seite 5)

österreichische Spanienkämpfer zeihen wir diesen Antragsteller der bewußten Lüge, die sich nicht einmal Joseph Goebbels aufzustellen wagte. Man wird weder in Spanien noch sonstwo Dokumente oder Beweise für derartige unqualifizierte Behauptungen finden, die der Meinung und der Haltung der demokratischen Welt widersprechen. Gerade Polen hat es den Verteidigern der Spanischen Republik zu verdanken, daß es nicht schon früher unter den Bombenhagel deutscher Flugzeuge kam. Ein bißchen mehr geschichtliche Wahrheit in einer frei gewählten Volksvertretung bei der Durchführung politischer Willensakte wäre angebracht, insbesondere dann, wenn damit nicht nur polnische Staatsangehörige diskriminiert werden. Daher werden Sie hoffentlich verstehen, wenn die Unterzeichneten – durchwegs ehemalige österreichische Spanienkämpfer – gegen darartige Difamierungen protestieren.“ Der Brief ist von Hans Landauer und weiteren 29 ehemaligen Spanienkämpfern unterschrieben.

halten haben, der 1946 zu den Gründern des Bundes der politisch Verfolgten gehörte, dessen Generalsekretär er gewesen ist. Im selben Jahr hatte Mark mit Erwin Scharf, unter der Patronanz von Julius Deutsch, versucht, die sozialistischen Widerstandskämpfer im Bund sozialistischer Freiheitskämpfer zu sammeln. Nachdem sich Scharf von der Sozialdemokratie getrennt hatte, wurde der Bund mit dem Opferfürsorgereferat der Partei, das Rosa Jochmann leitete, verschmolzen.

Wir sind mit Karl Mark alt geworden. Sorgen wir dafür, daß die Erinnerung an ihn Vorbildwirkung behält. H. P.

Oberösterreich

Landeshauptversammlung. Am 24. November 1990 fand in der Arbeiterkammer Linz die Landeshauptversammlung des Bundes sozialistischer Freiheitskämpfer statt. Nach der Begrüßung durch den Vorsitzenden, Gen. Rosenberger, und einem politischen Referat des Gen. Stadtrat Ackerl in Vertretung des Linzer Bürgermeisters erfolgte die feierliche Eröffnung der Versammlung. Bei einem Totengedenken an die 53 Mitglieder, die seit der letzten Jahreshauptversammlung vom 28. März 1987 aus unseren Reihen geschieden sind, wurde insbesondere des früheren Vorsitzenden Franzmayr gedacht. Der Bundesvorsitzende, Gen. Mistingner, hielt dann eine Begrüßungsrede. LABg. Gen. Edelmayr überbrachte die Grüße der österreichischen Lagergemeinschaft. Bei der Neuwahl des Landesvorstandes kam es bei offener Abstimmung über den Vorsitzenden, Gen. Franz Rosenberger, seine beiden Stellvertreter, Gen. Hannes Proschko und Roman Straßmair, und dem übrigen Vorstand zu einer einhelligen Annahme des Wahl-

vorschlag. Gen. Landesrat Mag. Klausberger hielt dann als Sozialreferent des Landes Oberösterreich ein Referat über „Aktuelle Fragen der Opferfürsorge“. Er gab die Versicherung ab, so wie sein Vorgänger, Landesrat Ing. Reichl, stets Hilfestellung für die Unterstützungsanliegen zu geben. Aus dem vorliegenden Tätigkeitsbericht geht hervor, daß die Landesorganisation 430 Mitglieder zählt. Im Berichtszeitraum mußte die Landesorganisation aus ihrem Domizil Wiener Straße 25 (ehemals Phönix-Kino und Haus des Wirtschaftsvereins Arbeiterheim) ausziehen und hat neben anderen Institutionen und Organisationen im Haus Weißenwolffstraße 5 einen Büroraum zugewiesen erhalten, wo auch die Sprechstunden abgehalten werden. Zur besseren Ausstattung des Büros und zur Arbeiterleichterung wurden von der Landeshauptversammlung die beantragten Anschaffungen gutgeheißen. Der neugewählte Landesvorstand dankte für das Vertrauen und versicherte, weiterhin bemüht zu sein, das Beste für die Mitglieder und die Betreuung der Opfer zu tun, aber auch den Bildungsauftrag als „Gewissen der Partei“ zu erfüllen

Antifaschistischer Arbeitskreis

Am 22. Jänner 1991 hat wieder eine Zusammenkunft des Schulungsarbeitskreises des Wiener Antifaschistischen Komitees stattgefunden. Aus unseren Reihen hat Genossin Elisabeth Jandl zum Thema „Matriachale Gesellschaft und Übergang zum Patriarchat und damit vorhandene Zusammenhänge zum Faschismus“ referiert. Genossin Waltraud Mayer berichtete, daß die Studie „Ausländer in Österreich“, die sie gemeinsam mit Josef Bucek und Ahmad Bari erarbeitet hat, beim Dr.-Karl-Renner-Institut erscheinen wird. Diese Studie beschreibt die Vorurteile unserer Mitbürger(innen) gegenüber Ausländern.

Lidice-Busfahrt

Die Bezirksorganisation Döbling der Sozialistischen Freiheitskämpfer führt vom 8. bis 12. Mai 1991 eine Autobusfahrt nach Lidice (ČSFR) durch. Anmeldungen bei der Bezirksorganisation oder im Bundessekretariat (1010 Wien, Löwelstraße 18, Telefon 53 4 27 / 278).

Kranzniederlegung

Anläßlich einer Kranzniederlegung auf dem Gelände des ehemaligen deutschen Konzentrationslagers Theresienstadt in Böhmen gedachte eine Gruppe sozialistischer Freiheitskämpfer der vielen Opfer des Nazismus. Landesverbandsobmann Leo Lesjak wies auf die Ungeheuerlichkeiten des Hitlerwahn-

Vorlesungen zum Jahr 1945

Ab Mittwoch, 13. März 1991, finden jeweils von 8.15 Uhr bis 10 Uhr im Hörsaal 21 der Universität Wien, Dr.-Karl-Lueger-Ring 1 (Stiege 8) Vorlesungen von Univ.-Doz. Dr. Herbert Steiner über das Thema „Das Jahr 1945 – ein Neubeginn?“ statt. Prominente Zeitzeugen nehmen daran teil. Gasthörer werden zu diesen Vorlesungen herzlichst eingeladen.

Die Mitarbeiter:

An dieser Nummer unserer Zeitung haben folgende Genossinnen und Genossen mitgearbeitet: *Walter Edelbauer, Herbert Exenberger, Leo Lesjak, Prof. Hugo Pepper, Hans Waschek.*



DVR:0029106(135) 0908677 919
HERRN

SCHWANTNER
DARINGERG.14/25/6
1190

Erscheinungsort Wien
Verlagspostamt Wien 1010

P. b. b.

**Wenn unzustellbar, bitte zurücksenden
an den Absender**

sinn hin und warnte vor Verharmlosung des heutigen Populismus und Halbfaschismus.

Weiß die heutige Generation, was der Hitlerwahnsinn gekostet hat?

Laut Erhebungen der Russen, die zweifellos mit mehr als 20 Millionen Toten die meisten Opfer des Krieges zu tragen hatten, hinterließ der Hitlerkrieg:

1.800 schwer beschädigte oder total zerstörte Städte und 70.000 beschädigte oder vernichtete Dörfer.

61 Länder der Erde waren in den Weltkrieg verwickelt.

110 Millionen Menschen standen unter Waffen.

Alle kriegführenden Staaten zusammen erzeugten

697.000 Kampfflugzeuge

287.000 Panzer

2,600.000 Geschütze

Die Opfer waren größer als in allen früheren Kriegen:

54 Millionen gefallene Soldaten oder ermordete Zivilisten

90 Millionen Verwundete

28 Millionen Invalide

Doch dies dürfte in manchen Kreisen unserer Gesellschaft vergessen worden sein, sagte Genosse Lesjak.

Zeitzeugen

Kündigungsgrund „Nichtarier“

Für ein vom Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung gefördertes Projekt werden Zeitzeugen gesucht, die **1938/39 aus Wiener Gemeindebauten** gekündigt wurden.

Meldungen an:

**Herbert Exenberger,
Lössweg 3/9/1, 1220 Wien,
Telefon: 534 36/780 DW.**

St. Pölten

Anton Gutleder wurde Ehrenvorsitzender. Nach 16 Jahren aktiver Mitarbeit im Bund legte Anton Gutleder aus Altersgründen seine Funktion als Bezirksgruppenobmann des Bezirkes nieder. Die Mitglieder, die zur Jahreshauptversammlung am 28. Jänner 1991 erschienen, hatten für seine Entscheidung Verständnis und wählten ihn einstimmig zum Ehrenobmann auf Lebenszeit. Ferner wurden gewählt: zum Bezirksgruppenobmann Stadtrat Egon Mayer, zu Stellvertretern Landtagsabgeordneter Karl Gruber und Gemeinderat Anton Heinzl, zum Kassier Gertraud Beilschmied, Kassierstellvertreter Karl Holzer-Söllner, Schriftführer Anton Pichler, Schriftführerstellvertreter Franz Pesek, als Kassenkontrolle: Franz Pesek, Karl Hellerschmied, Anton Gutleder, als Beisitzer: Martin Grohs und Otto Welesch und als Vertreter des Bezirkes Lilienfeld: Franz Zöchling.

Vor der Neuwahl legte Anton Gutleder einen umfangreichen Bericht über die Tätigkeit der Bezirksgruppe vor. Den Kassabericht erstattete Gertraud Beilschmied und den Kontrollbericht Karl Holzer-Söllner.

Landesverbandsobmann Leo Lesjak würdigte die Leistungen des Bezirkes und dankte namens des Landesverbandsvorstandes dem scheidenden Bezirksgruppenausschuß St. Pölten unter der Leitung des Genossen Anton Gutleder.

Das Hauptreferat hielt Bundesobmannstellvertreter Walter Faderny, der sowohl zu den Aufgaben der Sozialistischen Freiheitskämpfer als auch zu aktuellen politischen Fragen Stellung bezog. Seine Ausführungen wurden mit Beifall aufgenommen.

An der darauffolgenden Debatte, die hauptsächlich die bevorstehende Parteireform betraf, nahmen LA Karl Gruber, Emmerich Amsüss, Franz Zöchling, Otto Wellisch und der neugewählte Bezirksgruppenobmann, Stadtrat Egon Mayer, teil.

Wiener Neustadt

Jahresschlußversammlung. Am 12. Jänner 1991 hielt die Bezirksorganisation Wiener Neustadt ihre Jahresschlußversammlung ab. Genosse Walter Edelbauer, der den Vorsitz führte, begrüßte die anwesenden Mitglieder und konnte unter anderen den Referenten des Tages, Abg. z. NR Dr. Hans Stippel, und als Vertreter der Gemeinde STR Hans Barwitzius herzlichst willkommen heißen. Der ausführliche Jahresbericht des Obmannes Erwin Kwech fand volle Anerkennung bei allen Anwesenden. Genosse Max Gindl brachte den Kassabericht, der von der Kontrolle voll bestätigt wurde. Den Genossen Rudolf Keck und Ladislaus Kummer wurde zu ihren 70ern eine Ehrung zuteil, die Genossen Albert Janitschek und Prof. Kurt Wehr wurden mit einer launigen Laudatio – vorgetragen und verfaßt vom Genossen Walter Edelbauer – besonders geehrt. Hierauf trat der Obmann des Wahlvorschlagskomitees, Genosse Rudolf Keck, in Funktion und brachte folgenden Vorschlag für die Neuwahl des Bezirksausschusses für 1991/92 ein:

Ehrenobmann:

Erwin Schramm

Obmann:

Erwin Kwech

Obmannstellvertreter:

Felix Hausner

Kassier:

Max Gindl

Kontrolle:

Peter Geyer, Stefan Kuzera

Schriftführer:

Elfriede Lirsch

Schriftführerstellvertreter:

Kurt Novotny

Presse:

Walter Edelbauer

Beisitzer:

Abg. z. NR Dr. Hans Stippel, Dir. Albert Janitschek, Prof. Kurt Wehr, Karl Kraushofer

Anschließend hielt Genosse Abg. z. NR Dr. Hans Stippel das Referat zur politischen Lage sowie über die Parteireform unserer Bewegung. Er schloß mit den Worten: „Freundschaft ist für uns Sozialisten mehr als ein Gruß, es ist auch Symbol und eine Verpflichtung zugleich.“

An unsere Leser!

Redaktionsschluß für die Nummer 3/4 ist der 31. März 1991.

Medieninhaber und Herausgeber: Bund sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus. Wien 1, Löwelstraße 18. Telefon 534 27-0. Hersteller: Bohmann Druck und Verlag Ges. m. b. H. & Co. KG., 1110 Wien. – Offenlegung nach § 25 Mediengesetz: Information über neofaschistische und rechtsextremistische Bewegungen, Vereinsnachrichten, Information der Opfer des Faschismus über ihre rechtlichen Ansprüche.